

# Stadt Erlensee

<b>Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung</b>	Drucksache	<b>178 / LP 21-26 STVV</b>
---------------------------------------------------	------------	--------------------------------

Az.: 5/04.281.20.02	Erlensee, den 31.10.2024
Fb.: Familie und Soziales	

Betr.:	<b>Resolution zur Unterstützung der „Partnerschaft für Demokratie! Erlensee &amp; Rodenbach hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 31.10.2024</b>
--------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

## Anlagen

Beratungsfolge	Termin	Punkt der Tagesordnung
Stadtverordnetenversammlung vom	14.11.2024	

<b>Kostenstelle:</b>	
Planansatz Haushaltsjahr inkl. Haushaltsreste:	€
bisher verausgabt und verfügt:	€
finanzielle Auswirkung der Vorlage:	€
anschließend noch verfügbar:	€

## **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bemühungen der „Partnerschaft für Demokratie! Erlensee & Rodenbach“ das Bundesprogramm „Demokratie Leben“ für die kommende Förderperiode ab dem 01.01.2025 fortzuführen.

## **Begründung:**

Seit 8 Jahren wird die „Partnerschaft für Demokratie! Erlensee & Rodenbach“, im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ gefördert. Letzte Woche wurden die Bürgermeister der Kommunen Erlensee und Rodenbach sowie die Koordinierungs- und Fachstelle über einen Online-Vermerk durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend darüber informiert, dass die Partnerschaft für Demokratie Erlensee & Rodenbach wohl nicht für die kommende Förderperiode ab dem 01.01.2025 berücksichtigt wurde.

Die sehr hohen qualitativen Standards und die im ständigen Ausbau begriffene Netzwerkarbeit der Partnerschaft für Demokratie Erlensee & Rodenbach stehen somit innerhalb kürzester Zeit ungesteuert vor dem Aus. Die Entscheidung des Ministeriums gegen eine erneute Förderung ab dem 01.01.2025 ist daher nicht nachvollziehbar. Eine Begründung für die Ablehnung wurde nicht übermittelt.

Die Ablehnung trifft alle engagierten Bürger: innen hart, da eine sehr aktive Partnerschaft in der Region sehr plötzlich den Betrieb einstellen müsste. Mit dem Netzwerk für Demokratie hat die Partnerschaft in Kooperation mit den entsprechenden Zielgruppen durchgehend alle Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zum Abbau von Diskriminierung und zur Stärkung einer Kultur der Vielfalt besetzt.